

REVOLUTION INFOMAIL NR. 1

Endlich ist sie da — die erste Infomail der Jugendorganisation REVOLUTION

Liebe Leser_innen,

einige von euch kennen unsere Gruppe nun vielleicht schon länger. Andere lesen das ein oder andere Mal unsere Zeitung oder haben sich erst vor kurzem in unsere Kontakliste auf einer Demonstration oder Veranstaltung eingetragen.

Das ist die erste **Infomail** von **REVOLUTION**, denn es hat sich einiges getan. Nachdem nun unsere Zeitung, mit jeweils 32 Seiten und umfangreichen Themenbereichen, alle zwei Monate herauskommt, hat sich unsere Redaktion nun auch eine regelmäßigere und kostenlose Information über aktuelle Themen zum Ziel gesetzt. Unsere Infomail wird alle zwei Wochen herauskommen. Wir wollen über Internationales, aktuelle Themen und auch Dinge, die man all zu gerne in den *„großen Medien"* verschweigt informieren. Außerdem kündigen wir regelmäßig Aktionen und Veranstaltungen an und geben Berichte von Demos.

Wenn auch deine Freunde Lust haben sollten sich über unsere Infomailregelmäßig zu erhalten, dann könnt ihr euch einfach an redaktion@onesolutionrevolution.de. Natürlich sind wir jederzeit offen für Kritik, Rückmeldungen, aber auch Leserbriefe und Nachfragen.

Wir freuen uns daher euch mit unseren ersten Themen begeistern zu dürfen.
Viel Spaß beim lesen!

Eure **REVOLUTION** Zeitungsredaktion
Dezember 2010





Die aktuelle Revo-Zeitung

holt euch die aktuelle REVOLUTION-Zeitung bei eurer REVOLUTION Ortsgruppe, oder lest die Zeitung online!
www.onesolutionrevolution.de

Aktuelle Termine für Januar 2011

Termine 2011

09.01.2011, Berlin

Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demonstration

10.00 Uhr Frankfurter Tor

10.01.2011, Berlin

REVOLUTION Veranstaltung zum Thema "Kommunisten damals und heute?!" Warum wir Liebknecht und Luxemburg noch heute Gedenken. Nähere Infos unter: www.onesolutionrevolution.de

15.01.2011, Berlin

REVOLUTION Party

Nähere Infos unter: www.onesolutionrevolution.de

15.01.2011, Stuttgart

Veranstaltung zu S21: „Wer hat Angst vor dem Protest? Wie weiter nach der Wahl?“.

Im Anschluss an die Veranstaltung: REVO Party.

Nähere Infos in der nächsten Infomail und auf www.onesolutionrevolution.de

17.01.2011, Freiburg im Breisgau

Landesweiter Bildungsstreik BaWü

Autakt des "Protestfeuerlaufs durch BaWü.

26.01.2011, Karlsruhe

Bundesweite Demo gegen Studiengebühren zum Jahrestag des Verfassungsgerichtsbeschlusses welches Studiengebühren zugelassen hat.

29.01.2011, Stuttgart

Landesweiter Bildungsstreik BaWü

Ende des "Protestfeuerlaufs durch BaWü.

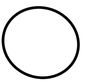
04-05.02.2011, München

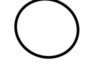
NATO Sicherheitskonferenz (SiKo)

13.02.2011, Dresden

Gegenaktionen zum europaweiten Nazi-Aufmarsch in Dresden

Hier findet Ihr die aktuellen Termine für Anfang 2011. Und das Beste ist: Ab sofort gibts jede 2. Woche eine Infomail mit den brandneuen Terminen und Informationen www.onesolutionrevolution.de







Wikileaks und die bürgerliche Meinungsfreiheit

Die Grenzen der Pressefreiheit in der bürgerlichen Demokratie

Von Theo Tiger

Die Internetplattform *„Wikileaks“* sorgte in den letzten Monaten für die größten Enthüllungen im Medienbereich. Zunächst gelangten Daten der US Besatzungsarmee in Afghanistan & Irak an *„Wikileaks“*, einige Monate später über 250 000 Akten des *„State Department“* (Außenministerium) an die Öffentlichkeit. Speziell die Berichte über den Irak und Afghanistan Krieg sind einmalig in der Geschichte – noch nie gab es einen vergleichbaren Aktenzugang für die Öffentlichkeit der kriegführenden Staaten.

Schon seit mehreren Jahren macht Wikileaks solche Veröffentlichungen, so wurde 2007 die massive Korruption des kenianischen Präsidenten Daniel arap Moi und seiner Familie belegt, ebenso kamen Akten von verschiedenen Banken während der Finanzkrise ins Internet (isländische Kauphting Bank) oder auch der sog. *„Minton Report“* mit dem die Lieferung von toxischen Abfällen aus Frankreich in die Elfenbeinküste bewiesen wurde. Bei diesen, und zahlreichen anderen Veröffentlichungen hatte Wikileaks meist Medienfirmen als Unterstützer, diese sicherten sich die Erstveröffentlichung in den Printmedien wie Spiegel, New York Times, Times magazine usw.

Wer darf was sagen?

Der „Enthüllungsjournalismus“ gehört in den westlichen Demokratien zum Tagesgeschäft der Medien, sog. „Insiderwissen“ von Staat, Wirtschaft und Militär wird gerne entgegen genommen, damit wird uns vorgegaukelt die Pressefreiheit würde die „Mächtigen“ kontrollieren können, oder zumindest überwachen. Was diese Pressefreiheit wert ist, können wir beim täglichen Blick in die Medien sehen. Die sog. *„Boulevardmedien“* a\'la Bild, Springerpresse, RTL2 und co. hetzen im Dienste des Kapitals gegen Arbeitslose, Migant_innen und Muslime und legen ansonsten wert auf Skandale, Sex und Sport. Die *„seriösen“* Medien wie ARD/ZDF, Frankfurter Rundschau oder Tagesspiegel vertreten meist eine Fraktion der bürgerlichen Parteien und deren Ansicht, gleichzeitig gleichen sich auch diese Medien immer mehr den Boulevardmedien an.

Pressefreiheit ist sehr wohl eingeschränkt, nur wer genug Kohle hat, ist in der Lage Fernsehen oder Tageszeitungen zu machen, in Deutschland z.B. finden wir mit der *„Jungen Welt“* nur eine Tageszeitung welche offen antikapitalistisch ist, im Fernsehen gibt es sowas gar nicht. Staat und Kapital benutzen die Medien für ihre Herrschaft, darüber läuft ein Großteil der bürgerlichen Propaganda, der Staat hat sogar mehrere Sender (ARD/ZDF, Phönix, 3Sat und die Regoinalsender), das Kapital die *„privaten“* Medien.

Im Internet gibt es einige dieser Reglementierungen nicht, dort ist es möglich mit weniger Ressourcen, sogar internationale Medienarbeit zu machen, Portale wie *„Wikipedia“* oder *„Wikileaks“* sind eine globale Medienplattform geworden.

Jetzt allerdings hat Wikileaks sich mit den USA angelegt, dies führt derzeit zu einer massiven Kampagne und Repression gegen die Plattform, wie auch den Gründer, Julian Assange. Speziell die Veröffentlichungen der Botschaftsberichte waren für die USA ein Skandal und schwächten die außenpolitische Stellung der Supermacht. Dort gab es Analysen und Bemerkungen zum gesamten internationalen Führungspersonal verschiedener Staaten – so sollte die argentinische Botschaft Informationen über den *„Geisteszustand“* der Präsidentin Kircher einholen, die Führung der Türkei um Ministerpräsident Erdogan wurde als *„unsicher & möglicherweise gefährlich“* für die Interessen der USA in der Region analysiert und in fast allen Staaten entpuppten sich die Botschaften als Handlanger der Geheimdienste. Das alle möglichen Geheimdienste die jeweiligen Botschaften ihrer Staaten als Stützpunkte nutzen, ist nicht wirklich ein Geheimnis, dass gilt für alle Staaten mit *„professionellen“* Geheimpolizeien, nun aber sind die Tätigkeiten der Führungsmacht öffentlich geworden, darunter viele Akten die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren.

Selbst die engsten Verbündeten sprechen von einem *„Vertrauensverlust“* der US Diplomatie, schließlich wurde z.B. bekannt, dass mehrere arabische Vasallenstaaten (Saudi-Arabien, Bahrein, Vereinigte arabische Emirate) vehement auf einen Angriff auf den Iran drängen.

Das „Imperium“ schlägt zurück

Seitdem zeigt der *„Hort der Freiheit“* was Pressefreiheit heißt, auf allen Fronten gibt es Restriktionen gegen Wikileaks, ihre Domain musste umziehen und ihre Konten wurden gesperrt. Dabei konnte die US Regierung sich auf die Unternehmen *„Amazon, Visa und Paypal“* verlassen, diese agierten sofort im Sinne der USA. Amazon sperrte die Domain (jetzt ist Wikileaks in der Schweiz gelandet) und



Foto: wikipedia.de

Visa und Paypal sperrten vorübergehend die Konten. All das wird zum Teil mit den *„Anti-Terror“* Gesetzen in den USA veranlasst, gleichzeitig werden aber auch neue Möglichkeiten zur Strafverfolgung unliebiger Journalist_innen und Medien ausgearbeitet.

Neben diesen *„virtuellen“* Angriffen und Repressionen gegen Wikileaks, wird auch der Gründer Assange derzeit massiv verleumdet. Eine, bereits fallen gelassene Anzeige aus Schweden wurde auf der Druck der USA wieder aufgenommen, jetzt ermittelt die schwedische Staatsanwaltschaft erneut wegen dem Vorwurf der zweifachen Vergewaltigung. Nach schwedischen Recht kann darunter auch der freiwillige Sexualverkehr ohne Verhütungsmittel geahndet werden, sobald der Verdacht besteht ein Partner könnte HIV haben. Dieser Vorwurf und nicht der der Vergewaltigung wurde schon vor Jahren eingestellt, weil die betroffenen Frauen die Anzeige zurück zogen, auch jetzt wollen die beiden Frauen nicht gegen Assange aussagen.

Es geht also gar nicht um Vergewaltigung, trotzdem gibt es einen internationalen Haftbefehl gegen Assange...

Es geht also gar nicht um Vergewaltigung, trotzdem gibt es einen internationalen Haftbefehl gegen Assange und eine Schmutzkampagne gegen ihn und Wikileaks. Das Wikileaks und die Internet Community sich aber nicht auf Einzelpersonen reduzieren lassen und durchaus gemeinsame Interessen haben können, wurde deutlich in den vermehrten *„Netzangriffen“* der letzten Tage gegen die Firmen, die im Auftrag der US Regierung gehandelt haben.

Amazon, Visa und Paypal mussten ihre Seiten teilweise einstellen, überall aus dem Netz hagelte es Attacken gegen die Firmen, in den Niederlanden wurde ein 16jähriger dafür verhaftet. Wir fordern die sofortige Freilassung und die Rücknahme aller Restriktionen gegen Wikileaks! Gerade die Jugend versucht das Internet unabhängig zu nutzen, gemeinsam müssen wir es vor dem Kontrollwahn der bürgerlichen Staaten schützen, wie im Fall der *„Vorratsdatenspeicherung“*, der *„Bundestrojaner“* und *„Zensur Ulla“*.

Sobald Staat und Kapital die Medien nicht unter Kontrolle haben, können wir sehen was *„Pressefreiheit“* im bürgerlichen Staat heißt – früher stürmte die Polizei schonmal die *„Spiegel Redaktion“* (ist lange her), heute überwachen sie Internet und Kommunikation und wollen die Kontrolle darüber haben wer eigentlich was ins Netz stellen kann.

Beschämend ist das die Medien, welche von Wikileaks durch Topauflagen profitierten, jetzt bei den Angriffen auf Wikileaks so schweigsam sind, das nicht skandalisieren und nicht als Angriff auf die Pressefreiheit zum Thema machen. Ebenso sollten die Gewerkschaften, speziell verdi bei der die ehemalige IG Medien gelandet ist, sich solidarisch mit allen Aktivist_innen von Wikileaks erklären und ihrerseits zum Boykott der Firmen aufrufen, welche sich gegen die Pressefreiheit gestellt haben. Wir brauchen einen gemeinsamen Widerstand und Wikileaks und alle Webaktivist_inne n brauchen unsere Solidarität.

Wir dürfen nicht schweigen wenn 16jährige verhaftet werden, weil sie im Netz für Pressefreiheit gekämpft haben, um unsere vorgeblichen demokratische Grundrechte müssen wir jeden Tag neu kämpfen. Wenn Wikileaks Geschichte ist und sog. *„Hacker“* in den Knast wandern, dann bekommen wir ein kontrolliertes Internet, eines was uns jederzeit sperren, speichern und verfolgen kann – dagegen müssen auch die kämpfen, die nicht wissen wie man/frau *„hackt“* oder was eine *„community, domain, browser oder account“* ist, der Kampf um die Pressefreiheit ist ein Kampf all deren die mehr als eine Meinung hören wollen!

- Sofortige Freilassung des 16jährigen Aktivisten in den Niederlanden!
- Einstellung aller Verfahren gegen Wikileaks und Julian Assange!
- Gemeinsamer Boykott gegen Amazon, Visa und Paypal – gegen die Handlanger der US Regierung!
- Für eine breite, internationale Solidarität mit Wikileaks!
- Gemeinsamer Kampf zur Verteidigung *„kritischer“* und antikapitalistischer Medien!
- Gegen Zensur und Kontrolle im Internet – ein Netz für die User, nicht für den Staat!

Studentenproteste in Großbritannien

Shut down London

Von John Bowman (REVOLUTION UK)



„Millbank-Riots", 10.11.2010, London: Tausende Demonstranten dringen in die Millbank ein.

Weit über zehntausend Student_innen und Arbeiter_innen demonstrierten am 9. Dezember in London zum Parlament, weil an diesem Tag die Abgeordneten über die *„Bildungsreform"* abstimmten. Diese Reform sieht u.a. vor:

- die Obergrenze für Studiengebühren soll von gegenwärtige 3.290 Pfund/Jahr auf bis zu 9.000 erhöht werden;
- mittels einer Freistellung der Gebühren höhe soll die Konkurrenz zwischen Unis und anderen Studienrichtungen weiter verschärft werden;
- Geldmittel sollen weiter von Sozial- und Humanwissenschaften weg auf *"priorty subjects"* (vorrangige Fächer) wie Betriebswirtschaft, Medizin und Technikstudien verschoben werden;
- die ohnedies weit fortgeschrittene Vermarktwirtschaftlichung der Bildung soll weiter vorangetrieben werden.

Durch Kürzungen und Privatisierungen sollen die Kosten für die Gehälter von Lehrenden von heute 7,1 Mrd. Pfund bis 2014 auf 4,2 Milliarden pro Jahr gekürzt werden – also um rund 40 Prozent! Der verschärfte Konkurrenzdruck soll Unis, Lehrende und Studierende gefügig machen – so jedenfalls der Plan der Regierung. Deren Bildungsreform macht – allein schon durch die Studiengebühren – universitäre Bildung für Kinder aus der Arbeiterklasse und auch für immer größere Teile der Mittelschichten zum Luxus.

Massenbewegung

Gegen diese Angriffe hat sich eine Massenbewegung an den Unis gebildet. Am 24. November demonstrierten 52.000 Studierende allein in London gegen die geplanten Einschnitte. Empörte Aktivist_innen stürmten die Tory-Zentrale, das Parteibüro der konservativen Regierungspartei. Die reaktionäre Hetze gegen die *„Vandalen"* und *„Gewalttäter"*, bis hin zur Forderung nach Berufsverboten für *„Rädelsführer_innen"* und Aktivist_innen, darunter auch GenossInnen der Jugendorganisation **REVOLUTION**, ging jedoch nach hinten los. Die Bewegung ließ sich nicht einschüchtern – trotz der Distanzierungen durch viele Funktionäre der offiziellen Studentengewerkschaft NUS (National Union of Students). Etliche Unis sind mittlerweile besetzt. Oft erklärten sich auch die Lehrenden mit von der Repression bedrohten Studierenden solidarisch. An etlichen Unis erklärten *„Untersuchungskommissionen"* und Uni-Leitungen die StudentInnen für unschuldig, kriminelle Handlungen begangen zu haben. Sicherlich hat das nichts mit einem politischen Gesinnungswandel der Uni-Leitungen zu tun, wohl aber damit, dass sie fürchten, dass Uni-Ausschlüsse linker Aktivist_innen und Lehrender rasch zur Besetzung ihrer Unis und Büros geführt hätte.

Regierung zieht Angriffe vor

In diesem Klima hat sich die Regierung dazu entschieden, die Abstimmung über die Kürzungen auf den 9. Dezember vorzuverlegen, um *„Fakten zu schaffen"*, die Regierungskoalition aus Konservativen und Liberalen aus der Schusslinie zu nehmen und zu verhindern, dass nicht der eine oder andere liberale Parlamentarier angesichts sinkender Umfragewerte für die Regierung bei der Abstimmung

„schwach“ wird. Daraufhin hat eine Londoner Not-Versammlung von Vertreter_innen des *„Education Activist Netwerk“* (Netzwerk der Bildungsaktivist_innen), des Anti-Krisenbündnisses *„Coalition of Resistance“* (Koalition des Widerstandes) und der *„National Campaign Against Fees and Cuts“* (Kampagne gegen Studiengebühren und Kürzung) beschlossen, am 9. Dezember auf die Straße zu gehen. Ziel ist es, die Demo durch die Unterstützung von Gewerkschaften und Vollversammlungen an Unis u.a. Bildungseinrichtungen zu einem Aktions- und Streiktag unter dem Motto *„Shut down London“* zu machen. Zweifellos wird die Regierung weiter versuchen, ihre Angriffe durchzuziehen. Genau deshalb war es notwendig, den 9. Dezember zu einem Tag des Massenwiderstandes zu machen – und damit auch zu einem Schritt zu einem landesweiten, unbefristeten Bildungsstreik der Schüler_innen, Studierenden, Lehrenden und aller Beschäftigten im Bildungsbereich.

Freiburg – Polizeiburg, Gipfel der Macht

Bericht zum Deutsch-Französischen Gipfel am 10.12 in Freiburg

Von Axel Klinkmann



Freiburg am 10. Dezember 2010: Die Innenstadt ist hermetisch gegen Protest abgeriegelt

Wochenlang hatte die Freiburger Polizeidirektion Pressekonferenzen gegeben, die Lokalzeitung von Freiburgs schöner Altstadt als Gipfelkulisse geschwärmt und die lokale linksextreme Szene mit Protest gedroht.

Am 10.12 war es dann soweit Merkel und Sarkozy trafen sich in Freiburg samt Delegationen beider Länder zum Deutsch-Französischen Ministerrat. Mit Merkel kamen u.a. Wirtschaftsminister Brüderle, Finanzminister Schäuble, Kriegsminister zu Guttenberg, Außenminister Westerwelle und natürlich durfte auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Mappus nicht fehlen. Dank der repressiven Sicherheitsvorkehrungen konnte Mappus sich in Polizeiburg auch mal entspannt den Kamerateams widmen – kein S21-Demonstrant belästigte ihn.

Der Gipfel in Freiburg begann auf dem Münsterplatz mit dem Abschreiten der Ehrenformation. Hier durften sich die Militärs von ihrer schönsten Seite zeigen.

Die Imperialisten vollzogen so gleich im Anschluss den Schulterschluss mit der katholischen Kirche und dem Freiburger Erzbischof Zollitsch. Die Freiburger Bevölkerung konnte sich an diesem Freiburger Vormittag nicht in der Innenstadt bewegen. Alle paar Meter kontrollierte die Polizei die Taschen der Passant_innen. Die gesamte Innenstadt war mit Hamburger Gittern abgeriegelt, mit Polizeiwagen blockiert, Gullydeckel waren zugeschweißt worden. Überall waren Polizist_innen stationiert. Auf vielen Hausdächern standen Beobachtungsposten.

Der legitime Protest gegen das Imperialistentreffen wurde im Keim erstickt und zwar mit Repression und rigeroser Beschneidung der Bewegungsfreiheit.

Bereits um 8.00 Uhr war eine Fahrraddemo vom Wagenburgplatz Rhino im Stadtteil Vauban Richtung Innenstadt gestartet. Doch schon einige hundert Meter weiter wurde die Demonstration gestoppt. Die Fahrräder mussten abgestellt werden, ein selbstgebauter Panzer mit Nebelmaschine wurde beschlagnahmt und stillgelegt.

In der Innenstadt sammelten sich gegen 10.00 Uhr erste Aktivist_innen. Einige Anhänger der Clowns-Army und eine autonome Samba-Gruppe wurden von



der Polizei gekesselt, durchsucht, erkennungsdienstlich behandelt und schikaniert. Nach und nach tauchten immer mehr Gipfelgegner in der Kaiser-Joseph-Straße am Martinstor auf. Leider war die Protestmöglichkeit klein. *„Unsere Volksvertreter“* sonnten sich außer Hör- und Sichtweite im Beifall der akkreditierten Jubel-Bürger, die Polizei sorgte dafür dass niemand Richtung Münster und Rathausplatz kam.

Während auf dem Münsterplatz einige Münstermarktstände extra als Dekoration für die Fernsehbilder öffnen durften war auch der Weihnachtsmarkt auf dem Rathausplatz gut vorbereitet. Die erste Reihe der Weihnachtsmarktbuden direkt am Freiburger Rathaus durften nichts verkaufen waren aber extra für die weihnachtliche Propagandashow geöffnet. Merkel und Sarkozy schlenderten scherzend und *„volksnah“* über den Weihnachtsmarkt, aber auch die vielen Zivilpolizist_innen – die sicherlich 50% der Menschen in der Nähe der Staatschefs ausmachten – konnten den französischen Aktivisten nicht stoppen welcher die beiden Imperialisten mit Wasser bespritzte.

Währendessen provozierten die Polizeieinheiten (u.a. BFE aus Böblingen) weiter. Insgesamt gab es ca. 13 Ingewahrsamnahmen, sowie Platz- und Stadtverweise.

Nach einiger Zeit setzte sich dann eine Spontandemonstration Richtung Universität in Bewegung. Zusammen mit ca. 250 weiteren Demonstrant_innen konnten wir von **REVOLUTION** und **Arbeitermacht** deutlich machen: Kriegstreiber, Imperialisten, Rassisten und Kapitalisten – ihr seid hier nicht willkommen!

Einige Zeit – und einige Schikanen – später gab es dann noch eine angemeldete Kundgebung am Platz der alten Synagoge. Hier gab es das erste und einzige Mal Gelegenheit den Imperialisten auf die Pelle zu rücken. Bei guter Hör- und Sichtweite konnten wir diese Handlanger des Kapitals auspfeifen als sie von einer Pressekonferenz wieder Richtung Flughafen verschwanden. Der Tag endete mit einer lauten Demonstration (ca. 400 Teilnehmer) durch die Innenstadt nachdem die Politiker bereits wieder abgereist waren.

Der Samstag begann dann wie der Freitag geendet hatte. Eine laute, bunte, kreative Demonstration mit gut 800 Menschen bewegte sich ca. 3 Stunden durch die Freiburger Innenstadt – beobachtet von zahlreichen Passant_innen und be- bzw. überwacht von dutzenden Polizist_innen vom Vortag. Thema der Demonstration war Atomkraft und die aktuellen Castortransporte nach Lubmin. Und das Thema hat natürlich insbesondere mit der Regierung Merkel in Deutschland und der Regierung Sarkozy in Frankfurt zu tun. Obwohl die Demonstration quasi im Wanderkessel lieft blieb es friedlich. Nur einmal versuchte die Staatsmacht zu provozieren und wollte einen kleinen Fahrradanhänger welcher als Lautsprecherwagen fungierte nicht in die Demo lassen. Durch entschlossenes Handeln machten wir der Ordnungsmacht klar: Wir lassen und die Demo nicht versauen oder verbieten – und provozieren könnt ihr uns schon gar nicht!

Stuttgart 21

Schlichtung oder Massenprotest – wie weiter im Widerstand?

Von Dave Sobotka



Die Schlichtung ist vorbei , für uns geht der Kampf weiter – und zwar auf der Straße.

Nach den machtvollen Demonstrationen mit rund 150.000 Demonstrant_Innen im Hintergrund des 30. 09 sind die Teilnehmer_Innenzahlen auf den Großdemonstrationen weit zurück gegangen. Doch woran liegt es, dass trotz wöchentlicher Demonstrationen mit rund 30 bis 40 tausend Teilnehmer_Innen, immer noch keine wirksamen Aktionen stattgefunden haben? Das der Kampf gegen S21 immer noch nicht auf Betriebe ausgeweitet wurde und nicht aktiv mit anderen momentanen Protesten verknüpft worden ist? Einerseits tragen dazu wohl die Verhandlungen zwischen Regierung und informeller Führung der Bewegung, bei, die Illusionen bei vielen Protestler_Innen in eine parlamentarische Lösung des Problems schüren. Andererseits ist es nur logische Konsequenz, dass eine solche Bewegung ihre Teilnehmer_Innenzahlen nicht halten oder gar steigern kann, wenn sich der Protest und die Bewegung selbst nicht weiterentwickelt, sich nicht selbst organisiert, sich nicht eigene Organe und Strukturen verschafft um den Protest auszuweiten und zuzuspitzen. Dies liegt

vor allem an dem *„offiziellen“* geschlossenen Aktionsbündnis, das zum einen Angst davor hat, dass die Bewegung an ihnen vorbei zieht, zum anderen einfach komplett antidemokratisch beschließt, dass keine Großdemonstrationen mehr stattfinden. Dies entlarvt den wirklichen Charakter dieser Führung und zeigt nach welchen Prinzipien gehandelt wird, wenn als Argument für das Ausfallen der Samstagsdemo's, der wirtschaftliche Schaden der für die Konsumtempel der Königsstraße in der Vorweihnachtszeit durch die Demonstrationen entsteht, ins Feld geführt wird. Des weiteren muss klar die Gewerkschaftsführung politisch angegriffen werden, die sich permanent weigerte und weigert den Protest gegen die Krise der Arbeiter_Innen mit dem S21-Protest zu verbinden und damit einen viel machtvolleren Widerstand gegen diese zusammenhängende Themen zu schaffen.

Doch dagegen regt sich Widerstand in der Bewegung. Der große Teil der Demonstrant_Innen kritisiert das Ausbleiben der Samstagsdemo genauso wie die *„Vermittlungsgespräche“*, da ihnen klar ist, dass es keinen Kompromiss in der Frage ob S21 gebaut wird oder nicht geben kann, genauso wie vielen klar ist, dass nur ein aktiver Widerstand, für den die zweimal wöchentlich stattfindenden Demonstrationen elementar wichtig sind, das Spekulations- und Kapitalprojekt S21 stoppen kann.

Die am 02.12 zum dritten mal stattfindende *„offene Aktionskonferenz des Widerstands gegen S21“* ist Ausdruck dessen. Hier sind die aktiven Teile, Gruppen und Organisationen des Widerstands vertreten. Diese Aktionskonferenz ist momentan der einzige Zusammenschluss innerhalb der Bewegung der zu einer offenen demokratischen Organisationsstruktur der Proteste ausgebaut werden kann. Erste Erfolge sind dort der mit von **REVOLUTION** und der Gruppe **ARBEITERMACHT** initiierte Antrag zur selbstständigen Weiterführung der Großdemonstrationen, der mit massiver Zustimmung angenommen wurde. In folge dessen hat sich eine Demo-Arbeitsgruppe gegründet die nun versucht die Demonstrationen wöchentlich selbst zu organisieren.

Interessant ist jetzt, dass sich die nach außen gebenden „bestimmenden“ Kräfte der Bewegung wie die *„Parkschützer”* und *„Bei Abriss Aufstand“* offen gegen diese Demonstration wenden. Eines ihrer Hauptargumente ist hierbei, dass sie nicht wollen, dass die „Parkbewohner“ auf den Demos zu Wort kommen. Doch gerade diese sind es die aktiv den Schlosspark besetzt halten und gerade diese sind es, die akut von einer Räumung des Schlosspark betroffen sind, die nach Beendigung der Gespräche droht. Die *„Parkschützer“* sind es, die diesen Menschen keine Stimme in der Bewegung geben wollen, dabei berufen sie sich auf darauf, dass die *„Parkbewohner“* nicht dem allgemeinen *„Konsens“* der Bewegung entsprechen würden, da stellt sich die Frage wer denn diesen Konsens festgelegt hat?. Auch das entlarvt einmal mehr die momentane Führung der Proteste wenn sie meint, dass diese ja sowieso nur *„Müll“* reden und nach ihrer Meinung nicht in die Bewegung gehören. Außerdem wird die selbst organisierte Demonstration am Samstag ganz offiziell von der SAV nicht unterstützt, die sich damit als *„Sozialistische Alternative“* den bürgerlichen Kompromissbestrebungen unterordnet und diese passiv (wie aktiv) unterstützt.

Ein weiterer wichtiger Teil des Widerstandes stellt die *„Jugendoffensive gegen S21“* momentan dar. Sie ist das momentan größte Jugendbündnis in Stuttgart und richtet sich neben S21 genauso gegen die Bildungskrise, wie sie mit ihrem Schulstreik unter dem Motto *„Bildung statt Bahnhof“* am 30.09 zeigte, der aktiv bei der Blockade der Polizei im Schlosspark mitgewirkt hat. Jedoch sind in der Jugendoffensive viele unorganisierte Jugendliche und neben der SAV (dominierende Kraft), Linksjugend und **REVOLUTION** keine anderen politischen Gruppen vertreten. Das muss sich ändern (!), um in Zukunft ein wirkliche Einheitsfront der Jugend gegen S21, Bildungskrise und Kapital, zu bilden und zu ermöglichen, um möglichst viel Jugendliche mit in den Kampf mit ein zu beziehen und um diese in kommenden Kämpfen zu mobilisieren und zu organisieren. Momentan wird dort neben dem Kampf gegen S21 versucht Schulgruppen gegen S21 an Schulen aufzubauen und diese überregional zu vernetzen. Damit wird ein mächtiges Instrument im Kampf gegen S21 und für kommende Proteste geschaffen.

Doch letztlich stellt sich die Frage wie weiter mit dem Widerstand? Wie ist Stuttgart21 zu stoppen?

Einige Teile der Bewegung beantworten diese Frage mit den kommenden Landtagswahlen im März 2011. Doch muss in Bezug darauf ganz klar gesagt werden, dass weder das Aktionsbündnis, das auf eine parlamentarische Lösung dieses Gesellschaftskonflikts, durch Verhandlungen noch die Grünen durch eine Mehrheit im Landtag, dieses Kapitalprojekt stoppen können, stoppen werden, noch konsequent stoppen wollen. Die einzige und notwendige Möglichkeit S21 zu stoppen ist durch, eine demokratische Strukturierung der Bewegung, durch Schaffung eigener Organe, durch eine Verknüpfung mit anderen Widerstandsbewegungen, durch eine Ausweitung des Widerstands auf Betriebe mit Einbeziehung der Gewerkschaft(-sbasis) und der Arbeiter_Innen,durch Miteinbeziehung der Jugend und deren Kämpfe und vor allem durch konsequent und bewusst geführte Streiks und Besetzungen die die Mafia hinter S21 wirklich angreifen. Denn der effektivste Druck den wir gegen dieses Projekt aufbauen können ist neben der Präsenz auf der Straße ein ökonomischer Druck, der die Kapitalinteressen die hinter diesem Projekt stehen offen angreift und so letztendlich S21 stoppen kann. Dafür kämpfen wir weiterhin als kommunistische Jugendorganisation **REVOLUTION** zusammen mit der Gruppe **ARBEITERMACHT**, den Arbeiter_Innen, und der Jugend in Stuttgart.







One Solution - Revo...wer?

Eine Vorstellung

Wer ist REVOLUTION?

Wir sind eine antikapitalistische internationale Jugend-organisation. Wir sind aktiv in verschiedenen europäischen und asiatischen Staaten. Auf unserer Webseite www.onesolutionrevolution.de findet ihr unser Programm, Stellungnahmen, Demoberichte und Artikel von uns. Wir bringen regelmäßig die Zeitung „REVOLUTION“ heraus.

Was macht REVOLUTION?

In Deutschland sind wir aktiv gegen Bildungs -und Sozialabbau, Krieg und Faschismus. In unseren Ortsgruppen machen wir regelmäßige Veranstaltungen und Aktionen. Wir laden Euch gerne ein bei uns vorbei zuschauen oder mitzumachen – nehmt Kontakt auf über germany@onesolutionrevolution.de!

Was will REVOLUTION?

Hinter dem System von Ausbeutung, Hunger, Krieg und Unterdrückung steht der globale Kapitalismus, die Herrschaft Weniger über die große Mehrheit. Gemeinsam mit Euch wollen wir Kapital und Staat bekämpfen für eine gerechte, solidarische sozialistische Gesellschaft eintreten.

Informiert Euch, nehmt Kontakt auf!

One solution – REVOLUTION!!



Kontakte REVOLUTION

germany@onesolutionrevolution.de
oder direkt: [stadt]@onesolutionrevolution.de

Berlin >>> Freiburg >>> Hamburg
Kassel >>> Stuttgart

Keine Gruppe in deiner Nähe? Wir helfen dir eine Gruppe bei dir zu gründen! Mehr Infos siehe Seite 25

Direkter Kontakt zur Redaktion:
redaktion@onesolutionrevolution.de

Schreib uns!
www.onesolutionrevolution.de

Impressum

V.i.S.d.P. - R. Müller, Greifswalder Str. 12, 10325 Berlin